



Christen in Konflikten

Beispiele aus afrikanischen Staaten

Zu diesem Dossier

Es geht uns alle an, wenn Menschen aufgrund ihres Glaubens und ihrer Religion diskriminiert, bedrängt und verfolgt werden. Christ*innen setzen sich dafür ein, dass Menschen weltweit auch in ihren religiösen Rechten geschützt werden.

In der Passionszeit stehen Not und Leiden anderer im Fokus. Wir lassen uns informieren und gedenken in der Fürbitte derer, die Gewalt erleiden. Und wir denken darüber nach, wie wir all diejenigen stärken können, die sich für gewaltfreie und nachhaltige Lösungen von Konflikten einsetzen.

Dieses Dossier beleuchtet die Situation von Christen in Afrika und ist an einer differenzierten Betrachtungsweise der Kontexte und Konflikte interessiert. Beispiele aus den Regionen des afrikanischen Kontinents zeigen Gründe für Bedrängnis und Verfolgung. Auch staatlicher Druck, wirtschaftliche Interessen sowie kulturelle und soziale Vorurteile sind zu berücksichtigen, um die Situation angemessen zu beurteilen.

Es ist wichtig, auf die Not der leidenden Geschwister im Glauben aufmerksam zu machen und Wege zu suchen, wie wir unterstützen und in ökumenischer Verbundenheit helfen können. Es ist richtig, danach zu fragen, wie die jeweilige Situation verbessert und Bedrängnis und Verfolgung beendet werden können. Beispiele in diesem Dossier zeigen, dass das Wohl des jeweiligen Landes und seiner Bewohner*innen immer das Ziel bleiben muss. Denn alle haben den Anspruch auf die gleichen Rechte: Nur so ist Frieden langfristig möglich.

Die Kirchen werden nicht aufhören, auf Unrecht und Gewalt hinzuweisen und sie werden sich weiter dafür engagieren, dass Christ*innen in der Situation der Bedrängnis und der Verfolgung nicht allein gelassen werden. Das Beispiel des christlich-muslimischen Engagements für Respekt und Kooperation zeigt, dass die Bereitschaft zu Versöhnung und Dialog Früchte trägt und Frieden schaffen kann.

Rainer Kiefer, Direktor
Evangelische Mission Weltweit
1. März 2021

Zur Situation der Christen in Afrika

Kurz vor Weihnachten 2020 veranstaltete die Russisch-orthodoxe Kirche (ROK) eine Online-Konferenz über die Verfolgung von Christen in Afrika. Ziel sei es, „eine interkonfessionelle ‚Allianz für die Verteidigung der verfolgten Christen in Afrika‘ zu gründen“, sagte der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion Alfejew. Zu einem Vortrag eingeladen wurde auch Peter Prove, Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (CCIA) des Ökumenischen Rates der Kirchen. Sein englischer Redetext ist hier gekürzt wiedergegeben.

Die Situation der Christen in Afrika liegt uns im ÖRK sehr am Herzen. Wir haben Mitgliedskirchen in 38 der 54 Länder des afrikanischen Kontinents – aus einem sehr vielfältigen Spektrum von orthodoxen, lutherischen, reformierten, anglikanischen, methodistischen, baptistischen, evangelikalischen, pfingstlerischen und afrikanischen unabhängigen Kirchen.

Es ist oft gesagt worden, dass die Zukunft des Christentums in Afrika liege. Zwischen 1910 und 2010 ist nach Untersuchungen des Pew Research Center der Anteil der Christen an der Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara von weniger als 10 Prozent auf 63 Prozent gestiegen. Einer von vier Christen auf der Welt ist jetzt Afrikaner. Es wird geschätzt, dass dieser Anteil bis 2030 auf 40 Prozent ansteigen und sich die Zahl der Christen in Afrika bis 2050 verdoppeln wird.

Neben diesem außerordentlichen demographischen Wachstum erleben Kirchen und Christen in Afrika gleichzeitig eine zunehmende Zahl von gewalttätigen Übergriffen und anderen Formen der Unterdrückung, und zwar nicht nur, wenn sie sich in einer Minderheitensituation befinden, sondern auch dort, wo sie die Mehrheit der Bevölkerung stellen oder eine fest etablierte historische Position im Leben ihres Landes einnehmen.

Aber unabhängig davon, ob Christen direkt zur Zielscheibe werden oder ob sie zusammen mit anderen Mitgliedern der Gemeinschaft unter Situationen von Gewalt und Instabilität leiden, ist der ÖRK zunehmend besorgt über die Aus-

wirkungen solcher Situationen auf Kirchen und Christen in einer beträchtlichen Anzahl von Ländern auf dem afrikanischen Kontinent. Mehrere Länder in der Sahelzone werden von islamistischen Extremistengruppen heimgesucht, die oft mobil sind, grenzüberschreitend operieren, und militärisch schwer zu bekämpfen sind.

Ein typischer Fall, mit dem wir 2019 konfrontiert wurden, war **Burkina Faso**. Nach einer Reihe von brutalen Angriffen extremistischer Kämpfer strömten mehr als 45.000 Vertriebene nach Kongoussi. Wir erhielten verzweifelte Mitteilungen von Pfarrer Tegwende Leonard Kinda von der Vereinigung der evangelisch-reformierten Kirchen in Burkina Faso, dass 242 Menschen auf dem Gelände seiner Kirche Zuflucht gesucht hatten, während Militante unbehelligt von Regierungstruppen umherstreiften.

Die Situation in **Nigeria** ist eine große aktuelle Sorge. Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas, mit vielen verschiedenen Glaubensgemeinschaften und einem lebendigen kirchlichen und ökumenischen Leben. Doch wie der Exekutiv Ausschuss des ÖRK auf seiner Tagung im Juli 2020 feststellte, hat die jüngste Welle gewalttätiger Angriffe im Norden Nigerias erneut viele Menschenleben gekostet, viel Eigentum zerstört und zu einer weiteren Vertreibung der betroffenen Menschen und Gemeinschaften geführt. Christliche Gemeinschaften und kirchliche Leiter gehören zu denjenigen, die von solchen Angriffen schwer betroffen sind. Die wachsende Unsicherheit im Nordwesten des Landes kommt zu den Herausforderungen hinzu, die der seit langem andauernde Aufstand der extremistischen Boko Haram im Nordosten des Landes mit sich bringt.

Der Exekutiv Ausschuss beobachtete gleichzeitig Zeichen der Hoffnung, die sich aus dem Dienst der Kirchen in Nigeria zusammen mit ihren ökumenischen, interreligiösen und internationalen Partnern ergeben. So spielen die Kirchen eine Führungsrolle bei friedensbildenden Initiativen. Ein herausragendes Beispiel ist die Einrichtung des Zentrums für Friedensbildung und Traumaheilung am Institut für Kirche und Gesellschaft in Jos im Jahr 2016. Es gibt aber auch eine verstärkte interreligiöse Zusammenarbeit für den Frieden, u.a. durch den Interreligiösen Rat von Nigeria. Der Zusammenarbeit zwischen nigerianischen Christen und Muslimen soll das Internationale Zentrum für interreligiösen Frieden und Harmonie in Kaduna dienen. Es wurde unterstützt vom ÖRK und dem Royal Aal al-Bayt Institute for Islamic Thought (*ein 1980*

vom jordanischen Königshaus errichtetes Institut, das sich auch dem christlich-muslimischen Dialog verschrieben hat, Anm.d.Red) und soll Frieden und Harmonie zwischen Menschen verschiedener Religionen fördern.

Sowohl in Burkina Faso als auch in Nigeria – und in einer Reihe anderer Länder, die mit ähnlichen gewalttätigen islamistischen Angriffen konfrontiert sind, insbesondere in der Sahelzone, aber auch kürzlich in **Mosambik** – ist es offensichtlich, dass die Art der Bedrohung durch solche extremistischen Gruppen eine regionsweite Reaktion erfordert. Der ÖRK ruft zu einer konzentrierteren und effektiveren Zusammenarbeit zwischen den Regierungen des afrikanischen Kontinents auf, um der Bedrohung zu begegnen.

Angriffe auf Christen hat es auch in Ländern gegeben, in denen es seit langem einheimische Christen gibt, insbesondere in Ägypten und Äthiopien, entweder im Zusammenhang mit zunehmenden religiös-extremistischen Einflüssen oder mit politischen Entwicklungen, die zu ethnisch-religiösen Spannungen führen.

In **Ägypten** stellen religiöse Intoleranz und sektiererische Gewalt gegen koptische Christen eine Bedrohung für eine der ältesten christlichen Gemeinschaften der Welt dar. Seit 2011 wurden Hunderte von ägyptischen Kopten bei sektiererischen Angriffen getötet, und viele Häuser, Kirchen und Geschäfte wurden zerstört. Allzu oft haben die Strafverfolgungsbehörden es versäumt, die Verantwortlichkeit für diese Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

Auf der jüngsten Tagung des ÖRK-Exekutiv Ausschusses im November 2020 war die Situation in **Äthiopien** ein Schwerpunkt. Dort werden bestehende ethnische und religiöse Differenzen durch Politiker und Extremisten angeheizt und instrumentalisiert. Der ÖRK verurteilte die zahlreichen gewalttätigen Angriffe auf Kirchen und Gemeinschaften durch bewaffnete Gruppen, von denen insbesondere die äthiopisch-orthodoxe Tewahedo-Kirche betroffen war.

Leider geht die Bedrohung für christliche Gemeinschaften in Afrika manchmal von ihren eigenen Regierungen aus – entweder durch ihr Handeln oder ihre Untätigkeit. Auf der Tagung des ÖRK-Zentral Ausschusses im Juni 2018 mussten wir mit Bedauern feststellen, dass die größte Bedrohung für Zivilisten im **Kongo** von den eigenen Sicherheitskräften ausging. Sicherheitskräfte der Regierung hatten sogar auf das Gelände katholischer Kirchen geschossen, um friedliche Gottesdienste und Prozessionen nach der Sonntagsmesse zu stören, wobei mindestens 18 Men-

schen getötet und zahlreiche weitere verletzt und verhaftet wurden. Und in den westlichen Provinzen **Kameruns**, die von Konflikten und Gewalt betroffen sind, fürchten die Mitglieder unserer Kirchen dort die regierungseigenen Streitkräfte ebenso sehr wie die militanten Aufständischen. Und in allzu vielen Fällen herrscht Straflosigkeit, wenn staatliche Akteure die Rechte von Christen und anderen Bürgern verletzen.

In all diesen geschilderten Situationen ist die Freiheit der Religionsausübung bedroht. Menschen haben das Recht, als Einzelne oder in Gemeinschaft, in der Öffentlichkeit oder privat, ihre Religion oder ihren Glauben in Lehre, Praxis und Gottesdienst auszudrücken. Für dieses Recht hat der ÖRK schon zur Zeit der Ausarbeitung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in den Jahren 1946 bis 1948 gekämpft, und er tut dies bis zum heutigen Tag. Wir werden dies auch wei-

terhin tun, gemeinsam mit allen Partnern, die dieses Recht für alle Menschen gleichermaßen unterstützen.

Ich möchte hier nicht schließen, ohne die Beispiele interreligiöser Solidarität und Unterstützung hervorzuheben, die wir ebenfalls beobachtet und erlebt haben. Sie gehören zu den stärksten möglichen Antworten auf die beschriebenen Bedrohungen. Denn die Zukunft bedrohter christlicher Gemeinschaften ist auf das Engste mit dem Leben und der Entwicklung der Gesellschaften verbunden, in denen sie leben. Deshalb müssen wir aktiv und gemeinsam für die gleichen Rechte **aller** Menschen in diesen Ländern eintreten. Dies ist das wichtigste Mittel zum Schutz der Christen vor Verfolgung.

Übersetzung und Bearbeitung: Martin Keiper

ÖRK-Pressemeldung

„Christenverfolgung“ – Problematik eines Begriffs

Mitte Januar legte die Organisation „Open Doors“ ihren „Weltverfolgungsindex“ vor, „eine Rangliste von den 50 Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden“, wie es in der Präsentation auf der Website heißt. Es herrsche derzeit „die größte Christenverfolgung aller Zeiten“, betroffen seien in diesen Ländern 309 Millionen Christen.

Tatsache ist, dass es Länder gibt, in denen Christinnen ihres Glaubens wegen diskriminiert, bedrängt oder benachteiligt werden, in manchen müssen sie sogar im ihr Leben fürchten. Wer dies thematisiere, schrieb ein Autor der ZEIT, werde schnell „als islamophob oder rechtsextrem gebrandmarkt“, die wahre Gefahr liege jedoch im Verschweigen. Dass das Thema Religionsfreiheit verschwiegen werde, kann jedoch nicht ernsthaft behauptet werden. Seit 2010 ruft die EKD am Sonntag **Reminiszer** auf, „in Gottesdiensten und Gebeten in besonderer Weise auf die Leidenserfahrungen von Christen in anderen Ländern aufmerksam zu machen und Anteil zu nehmen“. **2013** haben die EKD und die katholische Bischofskonferenz erstmals ihren „Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit von Christen“ veröffentlicht, 2017 erschien die **zweite Ausgabe**.

Die Bundesregierung richtete 2018 das Amt eines **Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit** ein, der **zweite Bericht der Bundesregierung** zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit erschien im Oktober 2010.

Die höchste Aufmerksamkeit erringt jedoch zu Beginn jedes Jahres der „Weltverfolgungsindex“, der ausschließlich Christen im Fokus hat. Wie andere evangelikale Organisationen folgt Open Doors nach eigener Darstellung bei der Definition von Christenverfolgung „einem **weiten Verständnis des Begriffs**“ und bezieht diese nicht nur auf Verfolgung durch staatliche Stellen, sondern auch zum Beispiel dann, „wenn Gläubige mit Konsequenzen für Familie, Besitz, Leib und Leben rechnen müssen“ – egal durch wen. „Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.“ Welchen Begriff man verwende, sehe man aber als zweitrangig an, da es Open Doors „in erster Linie um die Christen als Personen“ gehe, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden.

Demgegenüber vertreten die EKD und die Deutsche Bischofskonferenz eine andere Definition: Im „Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit von Christen weltweit“ von 2017 heißt es: „Der Begriff ‚Christenverfolgung‘ [steht gemeinhin] für das systematische Aufspüren von Christen und für einen Verfolgungsapparat, wie ihn keine Gesellschaft ohne die Hilfe von Behörden und ihren Spitzeln organisieren kann. Allerdings wird in unserer heutigen Welt eine Verfolgung von Religion und Glauben nur in bzw. von wenigen Staaten mit derartiger Intensität betrieben, dass der Begriff ‚Verfolgung‘ im umgangssprachlichen Sinne angemessen wäre. Die Rede von Christenverfolgung sollte für Phänomene reserviert bleiben, die deutlich über das Erleiden von Verbalattacken oder bloßen Beleidigungen hinausgehen, so verletzend sie im Einzelfall sein können.“

Für eine engere Auslegung sprach sich auch Enno Haaks aus, der Generalsekretär des Gustav-Adolf-Werks (GAW), des Diaspora-Werks der EKD, das sich für die Rechte protestantischer Minderheitskirchen einsetzt. In einem [Interview](#) des Online-Magazins „Die Eule“ sagte er, dass man von Christenverfolgung erst dann sprechen solle, es um mehr als verbale Beleidigungen oder Diskriminierungen gehe, „wo Christen tatsächlich um ihr Leben oder ihre Gesundheit fürchten müssen“.

Bei einer kritischen Lektüre der ausführlichen Länderberichte von OpenDoors fällt auf, dass häufig Statements nicht namentlich genannter Experten als Belege zitiert werden. Nachvollziehbar ist dies bei einer Diktatur wie

Nordkorea (Platz 1 des Index) oder bei Ländern wie Afghanistan, Libyen oder Eritrea, jedoch nicht im Falle von zum Beispiel Äthiopien oder Nigeria. Andererseits verhehlen die Autoren in ihren Berichten nicht, dass für manche Einschätzung Belege fehlen oder dass es widerstreitende Beurteilungen gibt. Formulierungen wie „Experten glauben, dass“, gefolgt von „andere glauben hingegen“ legen dies (vielleicht ungewollt) offen. Die Ausführlichkeit der Länderberichte und die umfassende Offenlegung der angewandten Methoden erlauben jedenfalls eine Einschätzung der Solidität der Darstellung und Analyse.

Problematisch hingegen erscheint die Übertragung der Länderanalysen in die Punktzahlen des schließlich vorgelegten „Weltverfolgungsindex“. Auch die Lektüre ausführlicher PDFs über die Methodik kann den Eindruck nicht ausräumen, dass die Übersetzung der Erhebungsergebnisse in eine Rangliste zwar für die Öffentlichkeitsarbeit nützlich ist, aber eine (zu) grobe Vereinfachung der vielschichtigen Realitäten in den untersuchten Ländern darstellt.

Und genau dieser Index mit seinen exakt wirkenden Zahlen ist es, der dem OpenDoors-Bericht die öffentliche Aufmerksamkeit beschert. GAW-Generalsekretär Haaks schreibt dies in dem oben erwähnten Interview auch der „Sehnsucht nach Vereinfachung und klaren Botschaften“ zu. Demgegenüber neigten die Kirchen der Reformation „zum Differenzieren und Nachfragen und scheuen sich vor Vereinfachungen“ und hätten deshalb „selten griffige Überschriften zu bieten.“

Martin Keiper

Lesetipp

Ein Artikel im Internet-Magazin „Die Eule“ befasst sich ausführlich mit den [Grenzen des Weltverfolgungsindex](#)

Gründe gegen Quantifizierung von Leid

Im evangelisch-katholischen Bericht zur Religionsfreiheit erläutern die Autor/innen, weshalb sie auf Quantifizierung von Verfolgung verzichten.

Erstens: Je intensiver man Verfolgungssituationen untersucht, desto deutlicher werden die Schwierigkeiten einer zahlenmäßigen Erfassung

Zweitens: Quantitative Aussagen setzen ein weitaus komplexeres Instrumentarium voraus, als bislang von unterschiedlichen Organisationen oder Instituten vorgelegt werden konnte.

Drittens soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Verfolgungssituationen häufig nicht nur bzw. nicht eindeutig religiös begründet sind. Verfolgungen

und Gewalt aufgrund einer Religionszugehörigkeit oder Gewalt im Namen von Religion verlaufen vielmehr oft entlang sich überlappender religiöser, ethnischer, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Spannungsfelder.

Viertens möchten wir jeden Eindruck vermeiden, als seien individuelles Leid und persönliche Unrechtserfahrungen messbar, kategorisierbar und damit auch in Vergleich bzw. gar in Konkurrenz zu den Erfahrungen anderer zu setzen.



Nigeria



Ökumenischer Rat der Kirchen: Erklärung des Zentralaussschusses, 20. – 24.7.2020

(Auszug, übersetzt aus dem Englischen) Die jüngste Serie von gewalttätigen Angriffen im Norden Nigerias hat wieder einmal viele Menschenleben gekostet, viel Eigentum zerstört und zu weiteren Vertreibungen der betroffenen Menschen und Gemeinden geführt. Christliche Gemeinden und Kirchenführer gehören zu denjenigen, die besonders stark von solchen Angriffen betroffen sind. Die wachsende Unsicherheit im Nordwesten des Landes kommt zu den Problemen hinzu, die der seit langem andauernde islamistisch-extremistische Aufstand im Nordosten mit sich bringt. Von den jüngsten Angriffen und der Unsicherheit sind insbesondere die Bundesstaaten Borno, Adamawa, Taraba, Plateau, Niger, Kaduna, Katsina, Zamfara und Sokoto betroffen. Zusätzlich zu den bewaffneten extremistischen Aktionen haben interkommunale Gewalt, Viehdiebstähle und einfaches Banditentum eine Situation anhaltender Unsicherheit für viele Gemeinden und eine große Anzahl von Menschen geschaffen, die in diesen Gebieten leben, was durch die COVID-19-Pandemie noch verstärkt wurde.

Länderprofil

(Auszug aus der Website des ÖRK, übersetzt aus dem Englischen) Der Norden Nigerias ist überwiegend muslimisch, der Süden christlich. Vor allem in den nördlichen Bundesstaaten, die die Scharia eingeführt haben, aber auch im Süden ist es häufig zu Gewalt zwischen Muslimen und Christen gekommen. Neben den großen, von der Mission gegründeten Kirchen wie den Anglikanern, Katholiken, Baptisten, Methodisten usw. gibt es in Nigeria eine große Anzahl von afrikanischen Instituten, unabhängigen und Pfingstkirchen, die in den Nachbarländern, in Europa, Nordamerika und anderen Teilen der Welt sehr aktiv in der Evangelisation und Gemeindegründung sind.

Auswärtiges Amt: Länderinformation

Die islamistische Terrorgruppe „Boko Haram“ ist seit Mitte 2010 für zahlreiche schwere Anschläge mit Tausenden von Todesopfern verantwortlich. Seitdem fielen diesem Konflikt Schätzungen zufolge zwischen 20.000 und 30.000 Menschenleben zum Opfer. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) zählt etwa

1,6 Mio. Binnenvertriebene und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR etwa 200.000 nigerianische Flüchtlinge in den Nachbarländern, die vor den Kämpfen im Nordosten Nigerias geflohen sind.

Christian Solidarity International

Ein immer blutiger werdender Streit um die Landnutzung verschärft die religiösen Spannungen in Nigeria [...]. Vertreibung und die Auswirkungen des Klimawandels drängen nomadisierende Hirten, überwiegend Muslime, nach Süden in überwiegend christliches Ackerland. Seit 2016 haben islamistisch geprägte Fulani-Milizen ihre brutalen Angriffe in weiten Teilen Zentral- und Südnigerias verstärkt, indem sie vor allem christliche Dörfer verwüsteten, die Bewohner töteten oder sie aus ihren angestammten Häusern vertrieben.

Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Länder-Informationsportal

Im Middle Belt, dem zentralen Landesteil zwischen dem mehrheitlich muslimischen Norden und dem mehrheitlich christlichen Süden, schwelt bereits seit Jahrzehnten ein gewaltsamer Konflikt zwischen muslimischen Nomaden und christlichen Bauerngemeinden. Die sesshaften Bauern klagen über von Rindern zerstörte Felder. Viehhirten, zumeist Fulani, beschwerten sich über die von den sesshaften Bauern zugebauten Weiderouten.

Der Klimawandel und die Bedrohung durch die Terrororganisation Boko Haram im Nordosten des Landes, dem ursprünglichen Weidegebiet der muslimischen Nomaden, haben den Konflikt in den letzten Jahren zusätzlich verschärft. Tausende Menschen wurden in den vergangenen Jahren in dem Konflikt getötet.



Mosambik

Allafrikanische Kirchenkonferenz (AACC), Aufruf zum Gebet für Mosambik, 22.1.2021

(gekürzte Übersetzung aus dem Englischen)

Wir haben erneut beunruhigende Nachrichten aus Mosambik über die anhaltenden bewaffneten Konflikte im Land erhalten, von denen die zentralen Provinzen Sofala und Manica insbesondere betroffen sind. Neben der von den RENAMO-Rebellen ausgehenden Gewalt gehen die Angriffe islamistischer Extremisten unvermindert weiter. Sie verüben seit 2017 vor allem in der nördlichen Region gewalttätige Angriffe auf die Bevölkerung, plünderten Dörfer und brannten sie nieder. Diese brutalen Taten zwangen Tausende, sich auf die Suche nach einer sicheren Zuflucht zu machen. Die Zahl der Binnenvertriebenen (IDPs) steigt weiterhin beunruhigend an. Mehr als zwei Millionen Vertriebene leben unter entsetzlichen Bedingungen, Hinzu kommen die Covid-19-Pandemie mit 27.446 bestätigten Fällen und die Folgen der tropischen Wirbelstürme im Jahr 2019.

Die Allafrikanische Kirchenkonferenz ist seit langem bestrebt, die Kirchen und Menschen in den Ländern bei ihrer Suche nach dauerhaftem Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie zu begleiten. In der Sorge um den Frieden und als Ausdruck unserer Solidarität mit den Brüdern und Schwestern in Mosambik möchte die AACC Sie einladen, Mosambik in Ihr Gebet um Gottes Eingreifen einzuschließen.

UNHCR, Pressekonferenz über die Lage in Mosambik, Genf, 18.12.2020

(gekürzte Übersetzung aus dem Englischen)

Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ist zutiefst besorgt über die steigende Zahl von Zivilisten, die in den nördlichen Teilen Mosambiks vertrieben werden, da die Angriffe von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen in der Provinz Cabo Delgado weiter zunehmen. Offiziellen Schätzungen zufolge sind inzwischen mehr als 530.000 Menschen in den Provinzen Cabo Delgado, Nampula, Zambezia und Niassa auf der Flucht, wobei die Zahl täglich weiter steigt.

Mehr als 2.000 Menschen wurden seit Beginn des Konflikts im Jahr 2017 getötet. Im Zuge der Gewalt wurden Häuser geplündert und verbrannt, Familien getrennt und Gesundheitszentren und Schulen schwer beschädigt. Der Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen wurde blockiert und andere wirtschaftliche Aktivitä-

ten wurden eingeschränkt. Es gibt ernsthafte Anzeichen dafür, dass sich diese Krise über die Grenzen des Landes hinaus ausbreiten könnte.

Portugal will Aufmerksamkeit auf Terror in Mosambik lenken

(Deutschlandfunk, 31.12.2020) Portugal will seiner ehemaligen Kolonie im Südosten Afrikas Unterstützung zusichern und sich dafür auch während seiner EU-Ratspräsidentschaft einsetzen. [...] Experten begrüßen diesen Schritt. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Inês Vilela war bis vor zwei Jahren in der nordmosambikanischen Provinzhauptstadt Pemba, um dort zu forschen.

Schon 2018 seien Spannungen im Landesinneren spürbar gewesen. „Der Konflikt schien zunächst vor allem eine wirtschaftliche Komponente zu haben mit viel Unmut über die soziale Lage in der Region. Teilweise scheinen wohl auch ethnische Fragen eine Rolle gespielt zu haben. Wie auch immer der Konflikt begann, die Religion wurde dann missbraucht, um das Gefühl von Unzufriedenheit in der Bevölkerung über fehlende Jobs und soziale Probleme zu kanalisieren. Die Lage wurde immer instabiler“, sagt Vilela.

Nordmosambik im Visier des internationalen Dschihad

(Deutsche Welle, 30.04.2020) In der nordmosambikanischen Provinz Cabo Delgado haben islamistische „Gotteskrieger“ leichtes Spiel: Sie treffen auf eine verarmte Bevölkerung, einen schwachen Staat und eine praktisch wehrlose Armee. [...] Die lokale Bevölkerung in Nordmosambik nennt die Dschihadisten „Al-Shabaab“ nach der in Somalia operierenden Terrormiliz. Sie selbst nennen sich „Ahlu Sunna Wa-Jamah“ – Jünger der Tradition des Propheten. Ihre Anführer sind nicht bekannt. In einem Internet-Video, das nach der Einnahme von Quissanga auftauchte, stellten sie konkrete Forderungen: „Wir wollen die Scharia, das Gesetz des Korans“, heißt es da. Eines scheint inzwischen klar: Die Gruppe versteht sich als Ableger der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). In einigen Orten konnten sie vorübergehend die Flagge des IS hissen.

Kamerun



Hintergrund

Die bis 1918 deutsche Kolonie Kamerun wurde ab 1919 im Auftrag des Völkerbundes als Mandatsgebiet an Großbritannien und Frankreich übertragen, vier Fünftel standen unter französischer, ein Fünftel – der Westen des Landes – kam unter britische Verwaltung. Nach dem Zweiten Weltkrieg endete 1960 das (inzwischen auf die Vereinten Nationen) übergegangene Mandat. Zunächst wurde der frankophone Teil unabhängig, im englischsprachigen führte eine Volks-



Nur der Süden des ehemals englischen Mandatsgebietes entschied sich 1961 für den Anschluss an Kamerun, der nördliche für Nigeria.

abstimmung zur Teilung des ehemaligen Mandatsgebiets: der Norden schloss sich Nigeria an, der Süden der Republik Kamerun. Der zunächst föderative Staatsaufbau wurde 1972 in einen Einheitsstaat umgewandelt – eine Ursache des heutigen Konflikts, in dem sich der westliche, englischsprachige Landesteil gegenüber dem Rest des Landes benachteiligt fühlt. Nach 1984 entwickelten sich zunächst friedliche, später auch gewalttätige Autonomiebestrebungen für eine unabhängige Republik [Ambazonien](#).

Die kamerunische Armee versucht, die Region durch Bekämpfung der Separatisten zu „befrieden“. An einem echten Dialog habe aber keine Seite ein Interesse, denn sowohl Militär als auch Separatisten profitieren von der angespannten Lage, urteilt ein [Bericht der Deutschen Welle](#). Mission 21 (Basel) hat zum Konflikt im anglophonen Kamerun 2019 ein [Hintergrundpapier](#) in Zusammenarbeit mit der Presbyterianischen Kirche herausgegeben. Kirchliche Versuche, in Konfliktgebiet so etwas wie Normalität herzustellen, zeigt ein [Filmbericht](#) der Deutschen Welle von Anfang Februar dieses Jahres.

Ein weiteres Konfliktgebiet ist der Norden des Landes, der zum Rückzugsgebiet von islamistischen Boko-Haram-Kämpfern aus des benachbarten Nigeria wurde, während gleichzeitig zahlreiche Zivilisten vor den Kämpfen in Nordnigeria nach Kamerun geflüchtet sind.

Martin Keiper

Die Deklaration von Buea

Vom 24. bis 27.11.2020 trafen sich in Buea die Leiter christlicher Kirchen und Vertreter der Muslime des Landes. In einer feierlichen Erklärung nahmen sie gemeinsam zur aktuellen Lage des Landes Stellung. In dem Dokument heißt es unter anderem:

(Übersetzt aus dem Englischen) Wir, die religiösen Führer Kameruns, erklären, dass die Kosten und Folgen des bewaffneten Konflikts im anglophonen Kamerun und des Boko-Haram-Aufstands im Norden für die lokale Bevölkerung immer unerträglicher werden. Wir bekennen uns zu unserer Neutralität und Unparteilichkeit, behalten uns aber das Recht vor, auf das hinzuweisen, was in dieser Situation richtig oder falsch ist.

Die kamerunische Regierung sollte die Möglichkeit eines durch Vermittlung herbeigeführten Endes dieser Krise in Erwägung ziehen, wenn dies die einzige Option ist, die nötig ist, um diesen sinnlosen bewaffneten Konflikt zu beenden.

Presbyterianische Kirche: Kommuniqué

In die gleiche Richtung geht eine Stellungnahme der Presbyterianischen Kirche vom 11.1.2021 in Reaktion auf mehrere Anschläge im Westen des Landes mit zahlreichen Toten.

(Übersetzt aus dem Englischen) Das Jahr 2021 hat mit einer Reihe von Morden an Zivilisten durch die Separatisten und das Militär begonnen. Dies steht im Gegensatz zu den laufenden Friedensbemühungen und dem nationalen interreligiösen Marsch für den Frieden am 2. Januar 2021, der von religiösen Führern in Kamerun organisiert wurde.

Wir, die religiösen Führer, werden uns in unserer prophetischen Rolle als das Gewissen der Nation nicht beirren lassen. Wir verurteilen entschieden und eindeutig alle, die in unserer Nation Gewalt ausüben. Gewalt wird niemals triumphieren, sondern Gerechtigkeit und Frieden werden siegen.

Zum Dialog gibt es keine Alternative

PROCMURA: Seit 60 Jahren christlich-muslimisches Engagement für Respekt und Kooperation

Das Programm für christliche-muslimische Beziehungen (PROCMURA) wurde 1959 gegründet. Es war die Zeit der Entkolonisierung, als die afrikanischen, nationalen Bewegungen nach Unabhängigkeit strebten und sich daraus eine enge Kooperation zwischen den verschiedenen Sprachen, Ethnien und religiösen und kulturellen Traditionen ergab.

Aber schon damals sahen die Gründungsväter und -mütter von PROCMURA voraus, dass diese religionsübergreifende Einigkeit gegen die



Programme for Christian-Muslim Relations in Africa
Programme des Relations Islamo-Chrétiennes en Afrique



Kolonialherren nicht von Dauer sein würde. Mit der Gründung von PROCMURA sollte ein Instrument zum Abbau von Spannungen und Rivalitäten zwischen Christen und Muslimen geschaffen werden. Ausdrücklich sah man in der Gründung auch ein christliches Zeugnis gegenüber dem Islam.

Die Organisation hat ein kleines Büro in Nairobi (Kenia). Die praktische Arbeit liegt in der Hand von 17 regionalen Berater/innen (Area Advisors), davon sieben in frankophonen und zehn im anglophonen Afrika. Das vorrangige Ziel des Programms ist die Verbesserung der Beziehungen zwischen Christen und Muslimen und deren theologische Untermauerung, wozu auch Publikationen gehören, in denen Hilfen für ein Zusammenleben im interreligiösen Kontext gegeben werden. Dabei sind die Verantwortlichen überzeugt, dass nur durch eine umfassende Religionsfreiheit der gesellschaftlichen Frieden und eine gedeihlichen Koexistenz zwischen beiden Gruppen möglich ist. Das Programm zielt weniger auf politische Kampagnen oder Lobbyarbeit bei Regierungen ab – diese Aufgabe wird den nationalen Kirchenräten oder der AACC überlassen – wobei PROCMURA allerdings als Berater und Kooperationspartner hinzugezogen wird.

Durch Initiative von PROCMURA wurde vor einigen Jahren ein Magisterstudiengang „Christian-Muslim Relations“ an der Theologischen Fakultät der St. Paul's Universität in Limuru, Kenia, eingerichtet. Nach diesem Modell ist derzeit ein weiterer Studienzweig für das frankophone Afrika an der protestantischen Universität in Yaunde im Aufbau. Fast alle Absolventen des

Christians-Islam-Studies-Master-Programms sind als Area Advisors oder in anderen wichtigen Funktionen in ihren Kirchen und ihren Ländern tätig.

In den letzten Jahren musste die Arbeit von PROCMURA auf die zunehmenden Spannungen und terroristischen Angriffe der al-Shabaab-Milizen in Ostafrika und der Boko Haram-Terrorgruppen in Nigeria, Kamerun und Niger reagieren. Diese bedrohen nicht nur das friedliche Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen, sondern gefährden auch die Existenz der seit der vorkolonialen Zeit dort ansässigen Muslime, die die fundamentalistische Ideologien ablehnen.

PROCMURA reagiert darauf mit regionalen Seminaren und Workshops zur Bewusstseinsbildung für religiöse Führer, Frauen und Jugendliche, um Einstellungen und Verhaltensweisen zu hinterfragen und die Methoden der friedlichen Konfliktlösung zu erlernen. Dabei kooperiert PROCMURA mit den Medien und zivilgesellschaftlichen Akteuren. In den nächsten vier Jahren sollen mindestens hundert regionale Advisors als Vertreter von PROCMURA ausgebildet, Basisinitiativen gestärkt und Frauen und Jugendliche in die Methode der gewaltfreien Konfliktlösung eingeführt werden.

Ein Beispiel für die basisnahe Arbeit ist ein interreligiöses **Jugendcamp** Mitte Dezember 2020 in Kenia, über das auf der Website der Organisation ausführlich berichtet wird.

Finanziell gefördert wird die Arbeit durch eine ganze Reihe kirchlicher Träger aus Europa, die in einer Partnerkonferenz mit PROCMURA zusammenarbeiten. Die Evangelische Mission Weltweit und ihre Vorgängerorganisationen, das Evangelische Missionswerk in Deutschland (EMW) und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Weltmission (EAGWM) unterstützen PROCMURA schon seit Mitte der 1960er Jahre. Zum Jahresbudget von umgerechnet rund 700.000 Euro tragen die Partner circa 60 Prozent bei.

Martin Keiper

Dossier

Das **Dossier** mit
verschiedenen Schwerpunkten
erscheint **mehrfach im Jahr**.



mission.de **Pressedienst**

Wöchentlich informiert
der **mission.de-Pressedienst**
über Aktuelles aus der EMW
und ihren Mitgliedern.

Gerne schicken wir Ihnen
per E-Mail unsere
Neuerscheinungen.
Dafür senden Sie Ihre
E-Mail-Adresse bitte an
service@mission-weltweit.de